

Vor diesem Gipfel würden sich die beiderseitigen Außenminister noch mindestens zwei Mal sehen. Auch im übrigen werde man im engsten Kontakt bleiben.

Unausgeschöpfte Möglichkeiten zur amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit sieht der Präsident im Bereich der Dritte-Welt-Politik, insbesondere im Nahen Osten. Auch der Sowjetunion müsse daran liegen, daß an ihrer südlichen Grenze stabile Verhältnisse herrschten.

...<sup>6</sup>

*Kaestner*

**Nr. 194**  
**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush**  
**Camp David, 25. Februar 1990**

BK, 212 – 30104 A 5 Am 2, BK in USA, 24./25.2.1990. – Vermerk des MDg Neuer, 28. Februar 1990. Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik“. Hs. vermerkt: „H. ChBK z.g.K. N[euer] 28.II.“ – Gesprächsdauer: 9.30 bis 10.30 Uhr.

Teilnehmer

auf amerikanischer Seite:

Präsident George Bush  
Außenminister James Baker  
Sicherheitsberater Brent Scowcroft  
Botschafter William Blackwill<sup>1</sup>  
Dolmetscherin Frau Marcuse

auf deutscher Seite:

Bundeskanzler  
MD Teltschik  
MDg Dr. Neuer  
VLR I Dr. Kaestner  
Dolmetscherin Frau Siebourg

Der Bundeskanzler leitet die Fortsetzung des Gesprächs vom Vortag<sup>2</sup> damit ein, daß er auf die Wichtigkeit des Verfahrens Zwei plus Vier hinweist.

Präsident Bush bemerkt, dies stelle die Frage nach den Kontakten, die Großbritannien und Frankreich vorgeschlagen hätten.

AM Baker weist auf die Erklärung von Ottawa hin. Vor dem 18. März 1990 sollten keine Besprechungen der Zwei plus Vier auf Ministerebene stattfinden. In nächster Zukunft sollten jedoch Gespräche auf anderer Ebene stattfinden. Auf welcher Ebene, sei nicht festgelegt worden. Es könnte jedoch die Ebene der Politischen Direktoren sein.

Der Bundeskanzler bemerkt, daß wir mit der DDR vereinbart hätten, ein Gespräch auf Beamtenebene am 7. März 1990 zu führen. Dies sei jedoch nur ein erster Kontakt, der der „Materialsammlung“ diene. Dann sollten die Besprechungen bis nach den Wahlen in der DDR vertagt werden. Er wolle mit der Modrow-Regierung nicht verhandeln, sondern erst mit der aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen künftigen Regierung der DDR.

6 Im folgenden besprochen: Naher Osten, Volksrepublik China, Mittelamerika, amerikanische Innenpolitik.

1 Vermutlich gemeint: Robert D. („Bob“) Blackwill (Teltschik, 329 Tage, 159).

2 Nr. 192.

Außenminister Baker weist auf die Nervosität der Alliierten und der Polen hinsichtlich der bevorstehenden Verhandlungen hin. Er stellt sich vor, daß sich zunächst einmal Großbritannien, die USA, Frankreich und die Bundesrepublik auf der Ebene der Politischen Direktoren besprechen. Daran sollte sich so bald wie möglich das Gespräch im Rahmen der Zwei plus Vier anschließen. Durch diese Vorgehensweise könnten die Befürchtungen bei Großbritannien, Frankreich und den anderen NATO-Alliierten gedämpft werden. Er halte es für gut, die NATO-Alliierten zu unterrichten.

Der Bundeskanzler bezeichnet dies als unproblematisch. Er fragt, ob die Besprechung im Rahmen Eins plus Drei für den 1. März vorgesehen sei.

Außenminister Baker antwortet, dies stehe noch nicht fest.

Präsident Bush unterstreicht die Wichtigkeit der Unterrichtung der Alliierten.

Der Bundeskanzler faßt zusammen, daß bald – evtl. am 1. März 1990 – die Gespräche im Rahmen Eins plus Drei stattfinden sollten. Ein erstes Gespräch unsererseits mit der DDR sei für den 7. März 1990 geplant. Nach dem 18. März 1990 könnte dann das Gespräch Zwei plus Vier stattfinden. Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß er bereits mit GS Wörner besprochen habe, die Ständigen Vertreter der NATO in der nächsten Woche zu unterrichten.<sup>3</sup>

Außenminister Baker weist darauf hin, daß ein Konsens der Bundesrepublik mit den drei Mächten hergestellt werden müsse, ehe man mit der Sowjetunion verhandele.

Der Bundeskanzler stimmt zu. Zuerst müsse eine einheitliche Meinung der Eins plus Drei gebildet sein, ehe die Verhandlungen Zwei plus Vier beginnen.

Außenminister Baker empfiehlt, die Verhandlungen Eins plus Drei ohne Publizität durchzuführen. Diese Gespräche sollten um den 1. März herum stattfinden. Dann könnten Gespräche auf der Ebene der Politischen Direktoren im Rahmen Zwei plus Vier stattfinden sowie Eins plus Eins (Bundesrepublik Deutschland/DDR).

Der Bundeskanzler unterstreicht, daß es das Ziel der Gespräche Eins plus Drei, die um den 1. März 1990 stattfinden sollten, sein müsse, einen gemeinsamen eindeutigen Standpunkt zu erarbeiten. Diese Gespräche sollten ohne Publizität stattfinden. Nach dem 18. März 1990 könnten dann auf der gleichen Ebene Gespräche im Rahmen Zwei plus Vier stattfinden.

Außenminister Baker sieht ein Problem darin, daß der Zeitraum zwischen den Gesprächen Eins plus Drei und Zwei plus Vier zu weit auseinanderliege. In Ottawa sei man übereingekommen, innerhalb kurzer Frist die Gespräche zu beginnen. Eine Möglichkeit wäre, daß man vor dem 18. März 1990 keine Gespräche auf Direktorenebene führt. Der Vorteil früherer Gespräche wäre allerdings ein gewisser Beruhigungseffekt.

Präsident Bush wirft ein, daß der Besuch des Bundeskanzlers bei der NATO am 8. März 1990 sicherlich hilfreich sein werde.

Außenminister Baker bemerkt, daß das Gespräch im Rahmen Eins plus Drei kurz vor dem Gespräch Zwei plus Vier stattfinden solle.

Der Bundeskanzler meint, hierdurch würde die ganze Angelegenheit erschwert. Die derzeitige DDR-Regierung werde in der NATO-Frage nur ein Sprachrohr der Sowjets sein. Deshalb wolle er die DDR-Vertreter vor dem 18. März 1990 nicht am Tisch haben. Dies würde nur die Verhandlungen erschweren. Er glaube auch nicht, daß dieser Aspekt der Angelegenheit in Ottawa diskutiert worden sei. Das Außenministerium der DDR sei nach wie vor kommunistisch. Am letzten Mittwoch sei ein Artikel in der Zeitschrift des Außenministeriums erschienen, der voller Anklagen sei, daß die Entwicklung in der DDR sich zur Demokratie hinbewege, nur das Außenministerium bleibe wie ein Monolith davon unberührt.

3 Nr. 205 Anm. 2.

Wenn ein Gespräch im Rahmen Zwei plus Vier vor dem 18. März 1990 stattfindet, sitzen praktisch auf einer Seite des Tisches Drei plus Eins, auf der anderen die Sowjetunion und die DDR, die nur die sowjetischen Interessen vertreten werde. Der Bundeskanzler fragt, ob dies etwas bringe.

Außenminister Baker bemerkt, der Bundeskanzler habe da einen guten Punkt gemacht. Die amerikanische Seite sei im Hinblick auf den frühen Gesprächsbeginn im Rahmen Zwei plus Vier flexibel; Großbritannien und Frankreich seien da anderer Auffassung.

Der Bundeskanzler fragt, warum man nicht mit Großbritannien und Frankreich reden wolle.

Präsident Bush wirft ein, der Bundeskanzler habe hier eine wichtige Feststellung getroffen. Der Bundeskanzler fährt fort, ein ganz wichtiger Punkt sei, daß man in der nächsten Zeit in aller Diskretion vorgehe und ein enger Schulterschuß zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland bestehen müsse. Eine klare Position der Eins plus Drei müsse erarbeitet werden; erst dann könne das Gespräch Zwei plus Vier folgen. Wichtig sei es, wie man mit der Sowjetunion umgehe. Das, fährt der Bundeskanzler zu Außenminister Baker gewandt fort, sei dessen Aufgabe.

Außenminister Baker stimmt zu und bemerkt, er treffe im Rahmen der Vorbereitungen des Gorbatschow-Besuchs mit AM Schewardnadse zusammen.

Präsident Bush stellt die Frage, wie der Bundeskanzler den zeitlichen Rahmen für die Wiedervereinigung sehe.

Der Bundeskanzler erläutert, was er jetzt sagen werde, sei eine reine Vermutung. Es könne keine Prognose geben, die wirklich seriös wäre. Nach den DDR-Wahlen werde die Regierungsbildung erfolgen. Die Kommunalwahlen in der DDR folgten dann im Mai 1990. Der Wunsch, wieder Länder zu bilden, werde in der DDR wohl sehr stark werden. Diesen Wunsch unterstütze er nachdrücklich. Es sei nicht ganz einfach, welche Gebiete zu welchem Land schließlich gehören sollten. Bis dann die Landtagswahlen erfolgt seien, sei das Jahr vorüber. Gleichzeitig laufe die Arbeit an der Wirtschaftsgemeinschaft und der Währungsunion. Dies sei eine enorme Aufgabe. Alles in der DDR sei anders. Er wolle nur auf die Frage des Eigentums und der Bodenreform hinweisen. Die Regelung dieser Fragen koste Zeit. Er sei kein Freund von Hektik; auch wegen der Ängste der Nachbarländer. In der Europäischen Gemeinschaft gebe es Persönlichkeiten, die glaubten, man könne das Datum der Einigung bis nach der Vollendung der europäischen Integration verschieben. PM Thatcher habe gesagt, man müsse mit der Einigung warten, bis die Menschen in der DDR wieder gelernt hätten zu wählen. Trotz dieser nicht nachvollziehbaren Äußerung müsse man versuchen, PM Thatcher einzubinden.

Präsident Bush wirft ein, PM Thatcher sei wegen der Geschwindigkeit der Wiedervereinigung besorgt.

Der Bundeskanzler fragt, was geschehen solle, wenn 100000 DDR-Bürger im März sagen würden „wir gehen“. Letzte Woche habe in Dresden an der Universität eine Diskussion der Studenten mit Vertretern der CDU aus der Bundesrepublik stattgefunden. Ein Student habe geäußert, man könne sagen, was man wolle, wenn die Hochrechnungen am 18. März 1990 dem Ende zugehen, werde er bei einem entsprechenden Ergebnis seinen Koffer nehmen und gehen. Hierfür habe er stürmischen Applaus geerntet.

Präsident Bush wirft ein, dies sei die Realität.

Auf die Frage Außenminister Bakers, wann man die Gespräche auf die Ministerebene heben solle, bemerkt der Bundeskanzler, dies hänge vom Verlauf der Gespräche ab. Wenn sie einen guten Verlauf nähmen, könne man auch bald an die Ministerebene denken.

Außenminister Baker stimmt zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, man dürfe sich nicht unter Zeitdruck setzen. Dies helfe nur der Sowjetunion. Der einzig relevante Termin sei der Termin der geplanten KSZE-Konfe-

renz<sup>4</sup>. Bis dahin müßten die Gespräche im Rahmen Zwei plus Vier beendet sein. Sonst würde das Thema auf der KSZE-Konferenz eine dominierende Rolle spielen.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob man den November als Termin für diese Konferenz im Auge habe, bemerkt Präsident Bush, dies sei der früheste Zeitpunkt. Die USA seien „not enthusiastic“.

Der Bundeskanzler fragt, ob es nicht denkbar wäre, daß die Sowjetunion so spiele, daß sie zuerst einmal Gespräche im Rahmen Zwei plus Vier führen und dann ein letztes Wort mit dem Präsidenten der USA im Juni bei dem Gipfel haben wolle. Er hege diese Vermutung. Wie er Gorbatschow einschätze und wie er seine Lage sehe, sei die Frage nicht einfach für ihn. Er habe noch vor kurzem geäußert, es werde in naher Zukunft keine Wiedervereinigung geben. Aus seiner Sicht ist jetzt viel Prestige im Spiel. Die Sowjetunion habe aus der Sicht Gorbatschows in Wahrheit nur einen Partner, nämlich die USA. Das Gespräch im Rahmen Zwei plus Vier halte er zwar für nützlich, die eigentliche Entscheidung wolle er jedoch gemeinsam mit dem Präsidenten der USA treffen. Wenn er dann in die Sowjetunion zurückkomme und sagen könne, er habe im Bereich der Abrüstung viele Fragen regeln können und auch über Weltpolitik und Deutschland gesprochen, dann stehe er als Partner des Präsidenten da.

Präsident Bush stimmt mit der Bemerkung zu, man müsse Gorbatschow Gelegenheit geben, sein Gesicht zu wahren.

Der Bundeskanzler stimmt dem Präsidenten zu und wiederholt, Gorbatschow wolle mit der anderen Weltmacht abschließen.

Außenminister Baker stellt die Frage, ob man bis Juni soweit sein könne.

Der Bundeskanzler bejaht diese Frage grundsätzlich.

Außenminister Baker gibt zu bedenken, daß viele Fragen zu lösen seien.

Der Bundeskanzler unterstreicht, daß die Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschland in der NATO die zentrale Frage sei. Er wolle die Behauptung aufstellen, Gorbatschow werde im Gespräch mit Präsident Bush diese Konzession machen.

Außenminister Baker wirft ein, Gorbatschow müsse genau wissen, daß die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschland in der NATO absolut sicher sei. Er müsse auch wissen, welche Sicherheitsgarantien es gebe und was mit den sowjetischen Truppen in Deutschland geschehe.

Der Bundeskanzler stimmt Außenminister Baker zu. Die Sowjets würden ihre Karten in der DDR spielen. Die Menschen in der DDR würden zustimmen, wenn jemand die Forderung erheben würde, die sowjetischen Truppen müßten abziehen. Man müsse klug vorgehen. Der Bundeskanzler stellt die Frage, was die Äußerung Außenminister Bakers bedeute, die Jurisdiktion der NATO dürfe nicht ausgedehnt werden.

Außenminister Baker antwortet, er habe den Ausdruck zwar benutzt, es müsse aber statt Jurisdiktion heißen „Ausdehnung der Truppen“; also keine NATO-Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR.

Der Bundeskanzler bittet Außenminister Baker, dies in der Öffentlichkeit und auch gegenüber den westlichen Partnern richtigzustellen.

Der Außenminister stimmt zu.

Das Gespräch wendet sich dann noch kurz der Vorbereitung der bevorstehenden Pressekonferenz<sup>5</sup> zu.

*Neuer*

4 Nr. 175 Anm. 6.

5 Gemeinsame Pressekonferenz, 25. Februar 1990, 11.00 Uhr, Camp David. Unkorrigiertes Manuskript, 17 S.; BPA/PA, F 1/30. Auch: Amerika Dienst. Nr. 8. 28. Februar 1990, 10 S.; Public Papers of the Presidents of the United States. Bush. 1990 I, 264–274.